

Das torjanische Pferd

Autor(en): **Häberlin, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **3 (1935-1936)**

Heft 1

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-759211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das trojanische Pferd

von Dr. Hermann Häberlin

Seit ihrem Bestehen übte in der II. Internationale die deutsche Sozialdemokratie einen überragenden Einfluß aus, der sich auf ihre zahlenmäßige Stärke und ihre materielle Macht gründete. Dieser Einfluß steigerte sich im Verhältnis der schweizerischen zu den deutschen Sozialdemokraten bis nahe an die Grenze sklavischer Abhängigkeit. Geblendet von den (äußerlich gewiß imponierenden) Erfolgen der deutschen Bruderpartei, bezog man von dort die geistige Nahrung für den politischen Kampf und äffte das fremde Vorbild auch in allen organisatorischen Fragen nach.

Die unvorstellbar klägliche Kapitulation dieses Parteikolosses vor dem Nationalsozialismus mußte deshalb auf die schweizerische Sozialdemokratie wirken wie ein Keulenschlag. Ein heillosen Faschistenschreck fuhr ihr in alle Glieder. Sie fühlte den Boden unter sich wanken und suchte krampfhaft nach einer neuen — Plattform! Die ausschließliche Stützung auf die industrielle Arbeiterschaft wurde als zu schmale Basis empfunden, und so setzte das Liebeswerben um die Bauern und Angestellten ein, die man eben erst noch als «Krauterer» und «Stehkragenproletarier» mit vollendeter Verachtung behandelt hatte.

Am Luzerner Parteitag vom 26./27. Januar 1935 hat der Parteipräsident, Nationalrat Ernst Reinhard, das Ziel ganz klar abgesteckt: Gewiß sind, sagte er, 70 Prozent der Bevölkerung lohnarbeitend, aber die Statistik täuscht. Tausende sind tagsüber statistisch Arbeiter, abends und immer geistig Kleinbauern. Darum haben wir Sozialdemokraten auch diese nötig. Daneben sind Tausende von Angestellten und Gewerbetreibende, die dem Faschismus in die Arme getrieben werden, wenn wir Sozialisten ihnen den Weg zu uns «durch unsere Programme verbarrikadieren». Darum, erklärte Reinhard, müssen «wir Ballast über Bord werfen». Dieser Ballastabwurf erfolgte dann in Luzern in Form einer «sinngemäßen Verdeutlichung» des Diktaturartikels, der bisher infolge falscher Auslegung «zu manchen Mißverständnissen» geführt habe und in Form der Bereitschaftserklärung zur verklausulierten Landesverteidigung.

Diese Anstrengungen der Sozialdemokratie zu einer Erweiterung ihrer Front werden stark begünstigt durch die Wirtschaftskrise, die besonders in Kreisen der Landwirtschaft und des Mittelstandes viel Mißmut erzeugt hat. Am 28. Mai 1933 ist es denn auch einer Front der Arbeitnehmerschaft, die manche politische Bindung durchbrach, gelungen, die Vorlage über eine Lohnanpassung beim eidgenössischen Personal zu Fall zu bringen. Diese Demonstration gegen den Abbau erwies sich aber in der Folge als völlig unwirksam. Die Verschärfung der Krise zwang trotzdem zum Abbau im Bund, in Kantonen und Gemeinden und in der Privatwirtschaft.

Nachdem die bloße Negation nicht genügt hatte, stellt die Initiative zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not den Versuch dar, mit positiven Maßnahmen den Abbau zu stoppen. Um diese sogenannte Kriseninitiative gruppiert sich denn auch die gleiche Koalition von Kräften, die am 28. Mai 1933 in der Front gegen die Lohnanpassung beim eidgenössischen Personal stand. Sie wurde lanciert von einem Aktionskomitee, das sich auf drei Hauptpfeiler stützt: den schweizerischen Gewerkschaftsbund, die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände und gewisse bäuerliche Kreise. Der Versuch, auch die Bauern und Gewerbler vor den Karren der Initiative zu spannen, hatte nur sehr mäßigen Erfolg. Die Vertreter des Gewerbestandes zogen sich schon in einem frühen Stadium der Vorberatung zurück, während Dr. H o w a l d vom schweizerischen Bauernsekretariat zunächst dem Aktionskomitee beitrug. Er zog sich dann aber wieder zurück, «als in der Öffentlichkeit die Initiative aus landwirtschaftlichen Kreisen sofort mit großer Leidenschaft bekämpft und abgelehnt wurde», wie Prof. Laur in der April-Nummer 1935 der «Schweizerischen Bauernzeitung» schreibt. Zu den betriebsamsten Anhängern der Initiative gehört aber nach wie vor Nationalrat Dr. H a n s M ü l l e r, G r o ß h ö c h s t e t t e n, und sein jungbäuerlicher Anhang.

Im Initiativkomitee ist der exklusiv sozialistisch geleitete schweizerische Gewerkschaftsbund das in jeder Beziehung weitest mächtigste Glied. Naturgemäß steht deshalb dieses Komitee unter stärkstem sozialistischem Einfluß. Trotzdem haben sich von allem Anfang an die bürgerlichen Partner leidenschaftlich gegen Versuche verwahrt, «nach berüchtigten Mustern, auch diese Initiative wieder als sogenannte sozialistische diskreditieren zu wollen». Die Bezeichnung der Kriseninitiative als «sozialistisch» bedeutet aber keines-

wegs eine Diskreditierung, sondern lediglich die Kennzeichnung ihres wahren Charakters. Die bürgerlichen Elemente haben nämlich stets nur die Rolle von Mitläufern gespielt.

Die Vorgeschichte der Initiative ist zwar noch reichlich in Dunkel gehüllt, aber das eine steht — mehrfach dokumentarisch belegt — einwandfrei fest: Der Text der Initiative ist den nicht-sozialistischen Organisationen als *fait accompli* vorgelegt worden, und sie hatten dazu im wesentlichen nur noch Ja und Amen zu sagen. Prof. L a u r bezeugt in seinem oben schon zitierten Artikel, die Initianten hätten mit der Veröffentlichung der Initiative so sehr gedrängt, «daß es gar nicht möglich war, einen genügenden Einfluß auf deren Gestaltung auszuüben». Auch im Zentralvorstand des Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter ist gerügt worden, daß man den Verbänden zu wenig Möglichkeit zur Mitgestaltung am Inhalt der Initiative gegeben habe. Besonders aufschlußreich sind aber Ausführungen, die der christlichsoziale Nationalrat Josef Müller im «Schweizerischen Metallarbeiter» vom 21. März 1935 gemacht hat. Darin wird klipp und klar festgestellt, daß bevor die maßgebenden Organe des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes Gelegenheit hatten, Stellung zu nehmen zur Frage der Mitwirkung bei der Kriseninitiative, die sozialistische Partei- und Gewerkschaftspresse schon mit der Aktion eingesetzt habe, wodurch «die Aktion zum vornherein zu einer sozialistischen Aktion geprägt» worden sei. Es wird in diesem Artikel ferner aufgedeckt, daß die Nationale Aktionsgemeinschaft (eine Vereinigung nichtsozialistischer Angestellter und Arbeiter-Organisationen) dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund die offizielle Mitwirkung bei der Lancierung der Kriseninitiative zugesagt habe, bevor nur eine einzige der ihr angeschlossenen Organisationen als solche habe Stellung nehmen können, weshalb dann in einer Plenarsitzung der Nationalen Aktionsgemeinschaft vom Juli 1934 mehrheitlich der Wunsch ausgesprochen worden sei, «die Nationale Aktionsgemeinschaft möchte in der Folge etwas mehr Selbständigkeit bekunden und nicht so sehr im Schlepptau der sozialistischen Organisation und Führer fahren». Das läßt wohl an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Wenn man aber auch gar nichts von dieser Entstehungsgeschichte wüßte, so müßte man trotzdem, gestützt auf den Text der Initiative, unbedingt auf eine sozialistische Vaterschaft schließen. Der Bundes-

rat hat es in seiner Botschaft unumwunden ausgesprochen, daß die Kriseninitiative zu einer sozialistischen Gestaltung der Wirtschaft führen müsse, weil sie dem Einzelnen die Sicherung einer ausreichenden Existenz durch den Staat bieten wolle und weil dadurch grundsätzlich die Funktion des Staates an die Stelle des individuellen Strebens trete. Man hat dem Bundesrat diese entschiedene Sprache sehr verübelt und seine Botschaft als eine «Parteischrift» herabzusetzen versucht. Im Nationalrat hat dann der Hauptsprecher der Sozialdemokraten, Robert Bratschi, mit außerordentlich viel Worten nachweisen wollen, daß die Initiative weder nach ihrem Ursprung noch nach ihren Zielen und Forderungen sozialistisch sei, darüber aber ganz vergessen zu sagen, was sie denn wirklich ist. «Die Initiative ist weder spezifisch sozialistisch, noch spezifisch bürgerlich», meinte er in seiner Verlegenheit. Das geheimnisvolle Dritte zu enthüllen, hat er aber wohlweislich unterlassen, weil es eben ganz einfach nicht existiert.

Es gibt aber genügend Zeugnisse von Parteigenossen des Herrn Bratschi, die dafür um so eindeutiger lauten. Wir wollen dabei gar nicht abstellen auf Äußerungen, die man vielleicht als unverantwortliche Entgleisungen abtun könnte, sondern nur auf Erklärungen, die von verantwortlichen Persönlichkeiten und im vollen Bewußtsein ihrer Tragweite abgegeben worden sind. An der Tagung des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste, die vom 1.—3. Juni 1934 in Lausanne stattfand und an der der berühmte Plan der Arbeit aus der Taufe gehoben wurde, äußerte der Präsident der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Nationalrat Ernst Reinhard: «Die Initiative ist eine Vorstufe des Planes der Arbeit, wie der Plan der Arbeit eine Vorstufe der Eroberung der politischen Macht ist». Der Plan der Arbeit hat später am Luzerner Parteitag die offizielle Sanktion der Partei als wirtschaftliche Ergänzung zum Parteiprogramm erhalten, wodurch wohl auch dessen «Vorstufe», eben die Kriseninitiative, ins richtige Licht gerückt worden ist. Sodann hat Dr. Willy Spühler, jetzt Chef des Arbeitsamtes der Stadt Zürich, im Juli-Heft 1934 der «Roten Revue» wörtlich geschrieben:

«Wer glaubt, die in der Initiative formulierten Forderungen ohne einen eigentlichen Umbau der Wirtschaftsordnung verwirklichen zu können, der hängt einer trügerischen Illusion

nach, einer reformistischen Illusion insofern, als die Tragweite jener Forderungen über Reformen hinausreicht, die im gegenwärtigen kapitalistischen System durchführbar sind. Die Gewährung eines Lohnschutzes bei sinkendem Profit (was Herr Bratschi im Nationalrat als «Kernstück der Initiative» bezeichnet hat) muß letzten Endes das heutige Wirtschaftssystem in Frage stellen, oder aber eine papierene Garantie bleiben. Die Preisgarantie erheischt eingreifende Maßnahmen und Bindungen, die den Charakter der Improvisation und Willkür haben, wenn sie nicht die Betriebe einer planvollen kollektiven Ordnung unterstellen.»

Vollends kommt man über den wahren Charakter der Initiative ins klare, wenn man sie mit dem Plan der Arbeit vergleicht und dabei feststellen kann, daß beide im Ziel und in den hauptsächlichsten Forderungen vollkommen übereinstimmen. Das sei nachstehend im Einzelnen synoptisch belegt.

Kriseninitiative

Ziel

Diese Maßnahmen haben zum Ziel die Sicherung einer ausreichenden Existenz für alle Schweizerbürger.

Forderungen

Gewährung eines Lohn- und Preisschutzes zur Sicherung eines genügenden Arbeitseinkommens.

Planmäßige Beschaffung von Arbeit.

Plan der Arbeit

Das Ziel dieses Planes ist eine wirtschaftliche und politische Umgestaltung der Schweiz mit dem unmittelbaren Zweck, dem gesamten Schweizervolk eine auskömmliche Existenz zu sichern.

Sicherung von gerechten Löhnen und fortschrittlichen Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte. Förderung von Kleingewerbe und Kleinhandel u. a. durch Preisfestsetzung.

Zur rascheren Aufsaugung der Arbeitslosigkeit sind umfassende Arbeitsaufträge durch Bund, Kantone und Gemeinden zu vergeben.

Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien auf ihren Heimwesen durch Entlastung überschuldeter Betriebe und durch Erleichterung des Zinsendienstes.

Entlastung unverschuldet in Not geratener Betriebe im Gewerbe.

Gewährleistung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe.

Ausnützung der Kaufkraft und der Kapitalkraft des Landes zur Förderung des industriellen und landwirtschaftlichen Exports sowie des Fremdenverkehrs.

Regulierung des Kapitalmarktes und Kontrolle des Kapitalexportes.

Eine durchgreifende Entschuldung wird dem Bauern sein Besitztum an Grund und Boden erhalten. Die überhöhten Hypotheken- und Pachtzinse sind auf einen niedrigeren Fuß herabzusetzen.

Ohne Verfehlen des Inhabers überschuldete Betriebe (im Kleingewerbe) sind zu entschulden.

Die Arbeitslosenversicherung ist auszubauen in der Richtung der Obligatorischerklärung in allen Kantonen, der Heranziehung der Unternehmungen an die Finanzierung, der Bildung von Rückversicherungsverbänden, der Zentralisation, der Ausdehnung der Krisenhilfe.

Durch die planmäßige Organisation des gesamten Außenhandels nach dem Grundsatz des Kompensationsverkehrs und der Ausnützung der Kaufkraft und der Kapitalkraft des Landes wird die Ausfuhr von industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen einheimischer Arbeit gesteigert und der Fremdenverkehr gefördert.

Mit der einheitlichen Regelung des Kreditwesens wird ein zentrales staatliches Kreditinstitut beauftragt. Diesem Kreditinstitut fallen in der Hauptsache die folgenden Aufgaben zu: a) Aufstellung von Richtlinien über die Gewährung von Krediten für die Unterneh-

mungen in Industrie, Handel und Verkehr; b) Genehmigung der Emission öffentlicher und privater Anleihen; c) ausschließliche Führung des gesamten Kapitalverkehrs mit dem Ausland unter Eingliederung des Kapitalexportes in die staatliche Außenhandelspolitik im Dienste der Arbeitsbeschaffung; d) zentrale Ordnung des städtischen und ländlichen Hypothekarkredits und Festsetzung des Hypothekarzinsfußes.

Kontrolle der Kartelle und Trusts.

Überführung der Unternehmungen mit monopolistischen Charakter in öffentliche Hand.

Diese Gegenüberstellung beweist, daß Dr. Willy Spühler durchaus recht hat, wenn er in seiner oben schon zitierten Untersuchung zu folgendem Schluß kommt:

«Was die Kriseninitiative will, das will auch der Plan der Arbeit. Aber er will noch einiges mehr, er will vor allem Klarheit schaffen, wo die ökonomische Lösung der Probleme zu suchen ist. Insofern ist der Plan der Arbeit eine Erweiterung der Kriseninitiative, wenn auch beide ganz unabhängig voneinander entstanden sind... Die Forderungen der Initiative finden sich auch im Plan der Arbeit. Nur daß sich dieser nicht damit begnügt, die Forderung zu erheben, er gibt gleich auch Auskunft über die Möglichkeit der Lösung. Die Initiative verhält sich zum Plan wie das Eisenskelett eines Hauses zum vollendeten Gebäude. Was in der Initiative nur Andeutung, ist im Plan Vollendung. So wird die Initiative der eigentliche Auftakt zum Kampf um den Plan... Die Kriseninitiative liegt auf dem Weg zum Plan der Arbeit. Wer für sie eintritt, muß auch den Plan wollen.»

Als Troja allen Stürmen trotzte, da hat Odysseus die List mit dem Pferde ausgeheckt. Die Kriseninitiative ist ein ähnlich schlauer Schachzug der roten Regisseure, um in die Reihen des bürgerlichen

Gegners einzudringen. Man mute uns doch nicht die Naivität zu, zu glauben, der ganze Generalstab der sozialdemokratischen Partei stelle sich in die Front der Arbeit, wenn er von diesem Türk nicht eine Stärkung der eigenen Partei erwarten würde. Und diese Spekulation ist gar nicht schlecht. Bei Erfolgen der Front der Arbeit werden einzig die Sozialdemokraten die Gewinnenden sein. Siehe die Großratswahlen in Basel. Wenn der Gewalthaufe eine Parole schreit, so hilft es eben einigen Mitläufern wenig, das gleiche nachzusäuseln.

Bald läßt der Gewalthaufe auch die Rücksicht fallen und lockt (Aufruf der sozialdemokratischen Partei der Schweiz): Front der Arbeit — her zu uns! Und wenn dann einer der Mitläufer (Nationalrat Gadiant) gegen solche «Entgleisungen» als «untragbare Belastung» aufzumucken wagt, so wird ihm vom Gewalthaufen (durch die «Berner Tagwacht») zu bedenken gegeben, «daß er, Herr Gadiant und sein Trüpplein Demokraten, nur in dieser Verbindung (mit der Front der Arbeit) eine in letzter Zeit über Gebühr gehende Bedeutung erlangt» habe und daß, wenn ihm die Belastung untragbar werde — «er ja leicht wieder ins frühere Schattendasein zurück-sinken könne». Das ist der Dank vom Hause Grimm, der allen Bürgerlichen wartet, die ins Garn der sozialistischen Kriseninitiative laufen.

Über die Schranken staatswirtschaftlicher Wirksamkeit

von R. Gelpke, Nationalrat

Die jahrhundertealte nationale Politik der Eidgenossenschaft, mit der Hochhaltung des föderativen Charakters unseres Staatswesens, gegründet auf den Schutz der Freiheit und der Rechte seiner Volksgenossen, steht in Gefahr, durch die Befürworter der Kriseninitiative erschüttert zu werden. Mit dem der Initiative zugrunde liegenden Plan der Arbeit ist beabsichtigt, dem bürokratisch verwalteten wirtschaftlichen Staatssozialismus zur Herrschaft zu verhelfen. Den marxistischen Demagogen ist es dabei weniger darum zu tun, die bestehende gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Ordnung zu stützen und zu vervollkommen, als vielmehr auf